



Energie-Control Austria für die Regulierung der  
Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft  
Rudolfplatz 13a  
1010 Wien

BUNDESARBEITSKAMMER

PRINZ-EUGEN-STRASSE 20-22  
1040 WIEN  
[www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)

GZ: -

Datum 22.10.2025

Unser Zeichen

Bearbeiter/in

Tel

+43 15016512253

GEBU/BAK/2025/0649

Joel TÖLGYES

E-Mail

Joel.TOELGYES@akwien.at

## Konsultation der Netzentwicklungspläne 2025

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zu den Netzentwicklungsplänen 2025 (NEP 2025) für die Austrian Power Grid AG (APG), die Vorarlberger Übertragungsnetz GmbH (VÜN) und die Tiroler Übertragungsnetz GmbH (TÜN) mit Planungszeitraum 2026 bis 2035 und nimmt dazu wie folgt Stellung.

### **Zum Inhalt des Entwurfs:**

Der Netzentwicklungsplan (gemäß § 37 EIWOG 2010) dient zur Information der Marktteilnehmer:innen über den geplanten Stromnetzausbau inkl der erforderlichen Erneuerungs- und Ersatzinvestitionen von Betriebsmitteln. Der Netzentwicklungsplan enthält die in den kommenden drei Jahren verbindlich umzusetzenden Projekte sowie eine mittel- und langfristige Netzplanung (2026-2035). Die Netzinfrastukturplanung verfolgt einerseits die energiepolitischen Ziele der Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit: Im Sinne einer zuverlässigen Energieversorgung soll durch sie sichergestellt werden, dass ausreichend Netzkapazitäten für die Verbraucher:innen, aber auch für die Einspeisung und den Transit von Elektrizität zur Verfügung stehen. Die Planungen sollen kohärent mit den nationalen und EU-weiten Zielen bezüglich der Klimaneutralität und der Dekarbonisierung des Energiesystems sein. Damit ist auch eine Abstimmung mit den Netzplanungen auf anderen Ebenen (beispielsweise dem Integrierten Österreichischen Netzinfrastukturplan – „ÖNIP“) bzw in anderen Teilen des Energiesystems (vor allem im Gasbereich) notwendig. Der Plan beschreibt daher auch zukünftige Szenarien für die Nutzung der Übertragungsnetze, den geplanten Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion und den Stromverbrauch. Gleichzeitig ist der NEP aber auch wesentlich für das energiepolitische Ziel der Leistbarkeit. Denn die im NEP abgebildeten Netzentwicklungsprojekte bilden die Grundlage für die Abgeltung der dadurch entstehenden Kosten über die Netzentgelte: Die Genehmigung des

NEP führt dazu, dass die Kosten der Investitionsprojekte im Rahmen der Festlegung der Netzentgelte anzuerkennen sind. Der NEP ist daher nicht nur Planungsinstrument, sondern auch wesentlicher Bestandteil des Regulierungssystems der Übertragungsnetzbetreiber. Er muss daher der Regulierungsbehörde E-Control zur Genehmigung vorgelegt werden.

Wie bereits in den vergangenen Jahren beschreibt der NEP 2025 wieder einige laufende Projekte, deren aktuellen Stand und die geplante Inbetriebnahme. Gleichzeitig sind in diesem Jahr eine Reihe von neuen Projekten hinzugekommen. Diese betreffen insbesondere die Erweiterung bestehender – sowie den Bau neuer – Umspannwerke zur Integration von Erneuerbaren-Energieanlagen in das Netz. Auch der Neubau und die Generalüberholung von mehreren 220kV-Leitungen ist im Entwurf der Netzentwicklungspläne enthalten.

### Das Wichtigste in Kürze:

- Der Netzausbau ist aus Sicht der BAK von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung: Er ist notwendig für das Gelingen der Energiewende, für die Versorgungssicherheit und auch für die Leistbarkeit von elektrischer Energie.
- Die BAK begrüßt den durch den NEP abgebildeten Ausbau der österreichischen Übertragungsnetze.
- Der NEP macht deutlich, dass Erneuerbaren- und Netzausbau enorme Herausforderungen sind. Umso wichtiger ist eine rasche Umsetzung des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes (EIWG) und des Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetzes (EABG), um die Projekte auch „auf den Boden zu bringen“. Besonders wichtig ist hier die koordinierte Planung sowie ein in Tempo und Umfang koordinierter Ausbau.
- Nachdem das EIWG auch auf Ebene der Verteilernetze eine Netzentwicklungsplanung vorsieht, muss aus Sicht der BAK die Regulierungsbehörde Know-How bei der Netzplanung aufbauen, um einen koordinierten Ausbau zu garantieren.
- Das auf europäischer Ebene festgelegte „70 %-Ziel“, wonach bis Ende 2025 70 % der Grenzkapazitäten des Stromnetzes dem internationalen Handel zur Verfügung stehen müssen, sorgt gerade in einem Transitland wie Österreich für einen hohen Ausbaubedarf. Das geht auch aus dem NEP selbst hervor. Wichtig wäre deshalb eine faire internationale Kostentragung.
- Mit Blick auf den zu erwartenden Investitionsbedarf im Bereich des Stromnetzausbaus fordert die BAK eine gerechtere Verteilung der Netzkosten auf alle Netznutzer:innen.

### Ein schneller Netzausbau ist zentral für das Gelingen der Energiewende

Die letzten Jahre haben eindrücklich gezeigt, wie wichtig ein **nachhaltiges, sicheres und leistungsfähiges Energiesystem** ist. Das gilt einerseits für die österreichischen Haushalte, für die die Transformation des Energiesystems eine Notwendigkeit, aber gleichzeitig auch eine große Herausforderung darstellt. Doch auch für die Attraktivität Österreichs als Industriestandort und die damit verbundenen Arbeitsplätze sind Leistbarkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit wichtige Voraussetzungen.

Um die Ziele des energiepolitischen Dreiecks – Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit, Leistung – erreichen zu können, braucht es nicht nur einen Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung. Für die Integration der Erneuerbaren in unser Energiesystem müssen unsere Stromnetze deutlich ausgebaut werden. Sie sind für das Gelingen der Energiewende von zentraler Bedeutung. Der Ausbau der Stromnetze hat damit wesentliche gesamtwirtschaftliche Relevanz. Durch ihren Ausbau und die damit verbundenen Investitionen werden außerdem nachhaltig inländische Wertschöpfung und Arbeitsplätze geschaffen.

Die **BAK begrüßt daher die Netzentwicklungspläne 2025** und den damit verbundenen Ausbau der österreichischen Übertragungsnetze.

### **Schneller Netzausbau braucht bessere Planung**

Damit der Weg zur Klimaneutralität Österreichs bis 2040 versorgungssicher gelingen kann, ist aus Sicht der BAK deutlich mehr Tempo beim Netzausbau geboten. Grund für die oft signifikanten zeitlichen Verzögerungen sind häufig langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren. Nach wie vor sieht die BAK in der Verbesserung der Rechtslage wesentliches Potential für die Beschleunigung des Netzausbaus. Auf Gesetzesebene kann das EABG hier ein zentraler Schlüssel sein. Aus Sicht der BAK muss darin jedenfalls der Ausbau der Erneuerbaren sowie der Netzinfrastruktur besser koordiniert werden. Neben der Flächenausweisung für die Stromnetze braucht es auch eine Flächenausweisung für die Erzeugung erneuerbarer Energie. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Planung von Leitungsanlagen nach den entsprechenden Erzeugungsanlagen ausgerichtet werden kann und umgekehrt. Wie die BAK bereits mehrmals betont hat,<sup>1</sup> sollte der ÖNIP zudem mit Rechtsverbindlichkeit ausgestattet werden, um Planungssicherheit für die nachgeordneten Ebenen zu gewährleisten. Gleichzeitig muss eine sinnvolle und frühzeitige Beteiligung von Betroffenen gewährleistet werden, um die Akzeptanz für den Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion sowie der Stromnetze zu garantieren. Insgesamt hätten Verbesserungen bei der Planung zur Folge, dass der gesamte Systemumbau kosteneffizienter abläuft. Auch der Anstieg der Netzentgelte könnte damit gedämpft werden.

Zudem ist aus Sicht der BAK aber auch eine genaue Prüfung des NEP auf Konsistenz zu anderen Planungen essenziell. Nachdem der EIWG-Entwurf auch auf Verteilernetzebene verpflichtende NEP vorsieht, sollte die Regulierungsbehörde aus Sicht der BAK Know-How im Bereich der Netzplanung aufbauen. Mittels Referenzszenarien – etwa über einen „digitalen Zwilling“ für die Verteilernetze – könnte die Konsistenz des Ausbaus der erneuerbaren Stromerzeugung sowie des Netzausbaus besser kontrolliert und gesteuert werden.

---

<sup>1</sup> Vgl die BAK-Stellungnahme zum EAG vom 23.10.2020, abrufbar unter [https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/energiepolitik/AK-Stellungnahme\\_EAG\\_und\\_Gutachten.pdf](https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/energiepolitik/AK-Stellungnahme_EAG_und_Gutachten.pdf).

Weiters sollte der NEP aus Sicht der BAK stärker auf die klimatischen Veränderungen in Österreich eingehen. Denn zwar werden – wie schon im vorherigen Plan – klimatische Veränderungen als Risiko identifiziert, allerdings fehlen regional differenzierte quantitative Risikoabschätzungen zu Extremwetter, Dürre oder Hitzewellen. Aus Sicht der BAK sollten hier genauere Analysen, etwa unter Bedachtnahme von hydrologischen und klimatologischen Daten sowie Importabhängigkeiten, stärker in die Netzplanung einfließen.

### **Politische Lösung für das „70 %-Ziel“**

Neben der Integration von Erneuerbaren-Stromerzeugungsanlagen muss der Netzausbau auch anderen politischen Vorgaben Rechnung tragen. Im Besonderen ist hier das sogenannte „70 %-Ziel“ zu nennen. Dieses schreibt vor, dass spätestens Ende 2025 70 % der Grenzkapazitäten des Stromnetzes dem internationalen Handel zur Verfügung stehen müssen<sup>2</sup>. Um diese Vorgabe erfüllen zu können, ist ein zusätzlicher Ausbau der Netzinfrastruktur und zudem ein deutlich höherer Aufwand für Netzstabilisierungsmaßnahmen, also den Abruf von (fossilen) Reservekraftwerken im Rahmen des Engpassmanagements, notwendig. Bei einer Zielverfehlung droht eine Teilung der österreichischen Strompreiszone (durch die europäische Regulierungsagentur ACER oder die Europäische Kommission). Dies hätte unterschiedliche Großhandelspreise innerhalb Österreichs zur Folge, die zwangsläufig mit gravierenden negativen ökonomischen Auswirkungen verbunden wären. Aufgrund der finanziellen Dimension der Auswirkungen des „70 %-Ziels“ und des volkswirtschaftlichen Schadens, etwa in Form signifikant höherer Netz- und damit Energiekosten für Endverbraucher:innen, sieht die BAK hier die Politik sowie die Übertragungsnetzbetreiber und die Regulierungsbehörde dringend gefordert. Neben einer Verschiebung des Ziels geht es dabei auch um eine faire internationale Kostenteilung. Transitländer wie Österreich sind hier deutlich stärker gefordert als Länder der Peripherie. Die BAK fordert daher Regulierungsbehörde und Bundesregierung dazu auf, sich für eine Aufstockung des europäischen ITC-Mechanismus einzusetzen: Dieser Mechanismus soll die durch den Transit entstehenden finanziellen Belastungen fairer zwischen den Mitgliedstaaten verteilen. Seit 2010 ist der Mechanismus allerdings mit 100 Mio Euro pro Jahr gedeckelt. Für eine faire Kostenteilung wäre eine deutliche Aufstockung der Mittel notwendig. Zudem müssen aus Sicht der BAK verstärkt europäische Fördermittel für den Netzausbau genutzt werden. Die Regulierungsbehörde muss aus Sicht der BAK stärker auf die Nutzung geförderter Finanzierungen hinwirken.

### **Schneller Netzausbau braucht faire Kostenteilung**

Sowohl die Kosten für den Netzausbau als auch die Kosten für notwendige Netzstabilisierungsmaßnahmen (Vorhaltung von Reservekapazitäten und Re-Dispatch-Abrufe) sind in mehrerlei Hinsicht sehr ungleich verteilt. Im Jahr 2025 kamen die österreichischen Stromerzeuger laut E-Control nur für rund 6,1 % der Netzkosten auf<sup>3</sup>. Der Rest musste von den österreichischen Verbraucher:innen getragen werden, wobei

---

<sup>2</sup> Art 14-18, Verordnung (EU) 2019/943 über den Elektrizitätsbinnenmarkt

<sup>3</sup> [https://www.e-control.at/documents/1785851/1811582/eca-fachveranstaltung-netzentgelte-quo-vadis-01\\_wolfgang\\_urbantschitsch.pdf/913b0262-9ad4-4ec9-e88a-91a12e85a36d?t=1729517459271](https://www.e-control.at/documents/1785851/1811582/eca-fachveranstaltung-netzentgelte-quo-vadis-01_wolfgang_urbantschitsch.pdf/913b0262-9ad4-4ec9-e88a-91a12e85a36d?t=1729517459271) [20.10.2025].

Haushalte hier einen überproportional großen Beitrag leisten<sup>4</sup>. Der gesamtwirtschaftlich notwendige Ausbau der Stromnetze lastet damit derzeit in hohem Ausmaß auf den Schultern der österreichischen Haushalte. Die BAK fordert daher, alle Netznutzer:innen – insbesondere die Erzeuger – fair an den Netzkosten zu beteiligen.

### **Abschließende Bemerkungen**

Die BAK möchte festhalten, dass der gegenständliche Netzentwicklungsplan eine gute Übersicht über die energiepolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen liefert. Die Projektabelle bietet in Kombination mit den Kartengrafiken einen guten Überblick und die Beschreibung der einzelnen Projekte veranschaulicht deren Notwendigkeit.

Die BAK ersucht um Berücksichtigung ihrer Anliegen und Anregungen.

---

<sup>4</sup> Plank, L. und Doan, T. (2019): Power Burden: Verbrauch und Kostenverteilung im österreichischen Stromsektor (Kurzstudie). Online: <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC15472229/> [20.10.2025].

